

Clemens Fuest

»Populistische versus freiheitliche Wirtschaftspolitik
im 21. Jahrhundert«

*Sehr geehrte Frau Ministerin
Sehr geehrte Frau Goulard,
Sehr geehrter Bundespräsident Gauck,
Sehr geehrter Herr Schleyer,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr geehrten Damen und Herren,*

es ist mir eine große Freude heute hier zu sein. Der Schleyer Stiftung und ihrer Jury möchte ich herzlich danken. Ich fühle mich sehr geehrt und verstehe diesen Preis auch als Anerkennung für meine Kolleginnen und Kollegen am ifo Institut, ohne deren Unterstützung und Kooperation meine Arbeit nicht möglich wäre. Ich danke Ihnen, liebe Frau Goulard, sehr herzlich für Ihre Würdigung. Ich freue mich besonders, dass mit Ihnen heute eine der hervorragenden Vertreterinnen Frankreichs, und gleichzeitig eine profunde Kennerin und Freundin Deutschlands zu uns gekommen ist.

Meine Damen und Herren, die Hanns Martin Schleyer Stiftung steht für die Festigung und Fortentwicklung des freiheitlichen, demokratischen Rechtsstaats und der Sozialen Marktwirtschaft. Sie steht außerdem für die Auseinandersetzung mit den Feinden der freien und offenen Gesellschaft. Die Lage unseres Landes heute sollten wir nicht schlechter darstellen als sie ist, aber wir sollten sie auch nicht schönreden: wichtige Grundlagen unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung werden derzeit angegriffen: Freier Welthandel, Wettbewerb und Marktwirtschaft, Schutz des Privateigentums, europäische Integration, Pluralismus. Diejenigen, die dabei in der ersten Reihe stehen, heißen Donald Trump, Lega Nord und 5 Sterne, einflussreiche Politiker in Polen und Ungarn, Marine Le Pen, aber es sind auch deut-

sche Politiker darunter.

Sie alle sind Vertreter einer Politik, die als populistisch bezeichnet wird. Der Begriff „Populismus“ ist unscharf, aber trotzdem wichtig. Der Duden definiert Populismus als „von Opportunismus geprägte, volksnahe, oft demagogische Politik, die das Ziel hat, durch Dramatisierung der politischen Lage die Gunst der Massen [...] zu gewinnen.“¹ Jetzt denken viele von Ihnen vielleicht: Na ja, so sind unsere Politiker eben. Nun, so ganz einfach ist es nicht. Demokratie ist in der Tat die Herrschaft des Volkes, und dass sich da durchsetzt, was populär ist, darüber sollte man sich nicht beschweren.

Trotzdem behaupte ich, es gibt einen gefährlichen, pathologischen Populismus, den wir erkennen müssen. Er wird von Sozialwissenschaftlern wie folgt charakterisiert: Populisten beschreiben die Gesellschaft als gespalten in zwei Gruppen. Auf der einen Seite steht das „Volk“, auf der anderen die „Elite“. Die Elite wird als korrupt dargestellt. Sie stiehlt dem Volk den Wohlstand und seine Identität.

Populisten dagegen beanspruchen, die Interessen des Volkes zu vertreten.

Donald Trump zum Beispiel hat in seiner Rede zum Amtsantritt folgendes gesagt: „Wir transferieren Macht weg von Washington D.C. zurück zu Euch, dem Volk. Zu lange hat eine kleine Gruppe in der Hauptstadt unseres Landes die Vorteile der Macht genossen, während das Volk die Lasten getragen hat.“²

Was bedeutet Populismus in der Wirtschaftspolitik?

Es gab politische Bewegungen im 19. und frühen 20. Jahrhundert, ebenfalls in den USA, die als populistisch bezeichnet wurden. Damals ging es um Anliegen der Landbevölkerung, durchaus sinnvolle. Mir geht es heute um populistische Wirtschaftspolitik des 21. Jahrhunderts, die ganz anders ist. An sieben Eigenschaften kann man sie erkennen:

1. Populistische Wirtschaftspolitik behauptet, für Gruppen zu handeln, die ihren Status und Wohlstand bedroht sehen; Gruppen, die sich vom politischen Establishment verlassen fühlen.
2. Die populistische Agenda setzt auf kurzfristige Wohltaten. Sie vernachlässigt die langfristigen Kosten. Die Ausweitung der Staatsverschuldung wird zum Beispiel immer unterstützt, unabhängig von den Folgen.
3. Das Abwägung von Vor- und Nachteilen verschiedener Politikoptionen mögen Populisten nicht. Zielkonflikte werden ignoriert, Checks und Balances werden abgelehnt, ebenso Beschränkungen nationaler Souveränität durch Freihandelsabkommen oder die EU.

4. Die populistische Agenda konzentriert sich auf einzelne und emotionalisierte Themen wie Zuwanderung, Importkonkurrenz oder Gegensätze zwischen arm und reich.
5. Ausländer, Immigranten und der internationale Handel werden für ökonomische Probleme verantwortlich gemacht.
6. Populisten bieten einfache Lösungen für komplexe Probleme. Abschottung durch Protektionismus ist ein Beispiel.
7. Diese Lösungen sind Scheinlösungen, sie verschlimmern die Lage, statt sie zu verbessern.

Unter welchen Bedingungen gewinnen populistische Parteien Unterstützung? Verfallender Wohlstand der Mittelklasse, vor allem in den USA, die globale Finanzkrise, die Eurokrise und die Folgen für Menschen in Südeuropa, Kontrollverlust bei der Migration; dass diese Vorgänge das Vertrauen in die liberalen Demokratien und die so genannten Eliten erschüttern, kann eigentlich niemanden überraschen. Hinzu kommen Furcht vor Veränderungen: Digitalisierung, Globalisierung, demographischer Wandel erfordern Anpassungen, haben Gewinner und Verlierer. Darüber machen sich viele Menschen Sorgen, Populisten schüren damit verbundene Ängste.

Die populistischen Antworten auf diese Probleme machen aber alles nur noch schlimmer. In Italien hat die Lega Nord und 5 Sterne Regierung höhere Staatsschulden angekündigt und Arbeitsmarktreformen zurückgenommen. Das hat nur zu steigenden Zinsen geführt. Das Land ist in eine Rezession gerutscht. Begabte junge Menschen wandern ab, italienische Unternehmer investieren lieber im Ausland.

In einer ökonomischen Supermacht wie den USA dauert es länger, bis die Kosten populistischer Politik sichtbar werden. Aber schon heute spüren viele Landwirte in den USA die Zölle auf US-Agrarexporte, die andere Länder eingeführt haben. Diese Strafzölle sind Reaktionen auf Trumps Zölle auf europäische und chinesische Produkte.

Der größere Schock wird wohl nach den Wahlen kommen, wenn die US- Regierung Maßnahmen gegen das viel zu hohe Budgetdefizit ergreifen muss, also Steuererhöhungen oder Ausgabenkürzungen.

Wenn das die falschen Antworten sind, was sind die richtigen?

Unter den moderaten politischen Kräften in Europa reagieren viele auf die populistische Bedrohung, indem sie versprechen, die Menschen von allen Widrigkeiten und Gefahren des Lebens abzuschirmen. Ich halte das für gefährlich. Ausgerechnet der französische Staatspräsident Emmanuel Macron hat folgende Formel geprägt: Wir brauchen ein Europa, das beschützt: *une*

Europe qui protège. Das ist sicherlich gut gemeint. Aber das Bild, das hier vermittelt wird, ist nicht das richtige. Es ist das Bild eines defensiven Europa. Es ist ein Europa, das sich fürchtet. Ein Europa, das sich hinter Mauern zurückzieht, das nicht mehr an sich glaubt. Eine Festung Europa. Innerhalb der Festung herrschen nicht Freiheit, Märkte und Wettbewerb – stattdessen wird hart reguliert, der Mangel wird verwaltet.

Die französische und die deutsche Regierung wollen den Wettbewerb im europäischen Binnenmarkt schwächen, um Großkonzerne, angebliche europäische Champions zu schaffen. Die sollen mit Unternehmen aus China und den USA konkurrieren. Tatsächlich würden diese privilegierten Unternehmen nur faul und ineffizient, die Ungleichheit in Europa würde steigen, das Wachstum sinken.

Andere fordern, in allen EU-Staaten nationale Mindestlöhne verpflichtend vorzuschreiben. Das ist auch der falsche Weg. Die EU kann zwar Mindestlöhne verordnen, aber nicht sicherstellen, dass es auch Arbeitsplätze zu diesen Löhnen gibt. Das ist nur sichergestellt durch entsprechende Produktivität.

Die europäische Politik kann und sollte die Menschen in Europa nicht von den Herausforderungen abschirmen, die wirtschaftlicher Wandel bringt, schon gar nicht durch Ausschaltung des Wettbewerbs nach innen und Abschottung nach außen.

Die Politik sollte stattdessen Bedingungen dafür schaffen, dass die Menschen in Europa diese Herausforderungen bewältigen. Die meisten können das, und zwar aus eigener Kraft. Um das zu erreichen, brauchen wir Selbstvertrauen und Aufbruch, nicht Angst und Rückzug. Wir brauchen kein Europa, das nur beschützt. Wir brauchen ein Europa, das befähigt, ein Europa der Chancen. Diese Chancen zu nutzen, dafür ist dann jeder selbst verantwortlich. Deshalb sage ich: die Antwort auf den Populismus ist nicht der Wohlfahrtsstaat, der alles regelt, die richtige Antwort ist eine freiheitliche Wirtschaftspolitik. Freiheit bedeutet unweigerlich gewisse Risiken.

Friedrich August von Hayek, der erste Träger des Schleyer Preises, hat es so formuliert, „Freiheit bedeutet, dass wir in gewissem Maße unser Schicksal Kräften anvertrauen, die wir nicht beherrschen.“

Aber daraus folgt nicht, dass freiheitliche Politik Risiken und Unsicherheit achselzuckend hinnimmt. Für mich hat eine freiheitliche Wirtschaftspolitik für Deutschland und Europa vier Elemente:

1. Wettbewerb, offene Märkte, Privateigentum, flexible Preise und Löhne, Eigenverantwortung stehen im Mittelpunkt dieser Wirtschaftspolitik. Ohne diese Elemente gibt es keinen Wohlstand.
2. Märkte und Wettbewerb brauchen Rahmenbedingungen. Dazu gehört

Wettbewerbspolitik, die Kartelle verhindert. Dazu gehört eine Bankenregulierung, die verhindert, dass Gewinne privatisiert und Verluste sozialisiert werden, wie es in der Finanzkrise passiert ist. Dazu gehören effektiver Umwelt- und Klimaschutz.

3. Wir brauchen ein Europa der Chancen, das offen ist nach außen und dynamisch und vielfältig nach innen. Allerdings ein Europa, das seine Interessen in der Welt wirksam vertreten kann, wo die Mitgliedstaaten das alleine nicht können. In der Handelspolitik, der Migrationspolitik, der Verteidigungspolitik. Europa muss auch nach innen gezielt gemeinsam handeln: bei der Reform der Eurozone, beim Ausbau europäischer Infrastruktur und bei der inneren Sicherheit.
4. Wir brauchen einen starken Sozialstaat, aber einen der befähigt, statt zu entmündigen: Menschen können nur dann die Chancen nutzen, die sich in einer freien Gesellschaft bieten, wenn gewisse Voraussetzungen erfüllt sind. Materielle Grundbedürfnisse, Zugang zu Gesundheitsversorgung, soziale Kontakte, Bildung und Teilhabe, Chancen aufzusteigen. Zu einem Sozialstaat, der befähigt, gehört auch ein soziales Netz, das die auffängt, die Pech haben, arbeitslos oder krank werden und sich nicht aus eigener Kraft helfen können. Ohne diese Voraussetzungen sind Freiheitsspielräume wenig wert. In den USA zum Beispiel gibt es immer mehr Menschen, denen all das fehlt. Diese Menschen unterstützen politische Bewegungen, die andere Dinge als Freiheit und individuelle Entfaltung in den Vordergrund stellen.

Freiheitliche Wirtschaftspolitik in diesem Sinne ist kein *laissez faire*, sondern eher das, was wir in Deutschland als Konzept der Sozialen Marktwirtschaft bezeichnen.

Die Ausgestaltung dieser sozialen Marktwirtschaft, meine Damen und Herren, ist kompliziert. Das richtige Verhältnis aus Freiheit und Eigenverantwortung einerseits, sozialer Sicherung und Regulierung andererseits, muss ständig neu ausverhandelt werden. Dabei ist es wichtig, Fakten zu berücksichtigen und politische Konflikte dürfen nicht so weit eskalieren, dass Kompromisse unmöglich werden. Wenn in diesem Prozess populistische und radikale Strömungen die Oberhand gewinnen, sind Freiheit und Wohlstand gefährdet.

Meine Damen und Herren, ich will nicht so tun als wüsste ich genau, wie man eine Erosion der Sozialen Marktwirtschaft durch populistische Wirtschaftspolitik verhindert. Dafür gibt es keine Patentrezepte.

Zwei Wünsche, Sie können es auch Forderungen nennen, möchte ich Ihnen dazu trotzdem vortragen. Der erste Wunsch richtet sich an die Politik.

Der zweite richtet sich an uns alle.

1. Eine der Gefahren des aufkommenden Populismus besteht darin, dass Politiker etablierter Parteien ebenfalls populistischer werden. In Deutschland ist das zu beobachten. Rechtsradikale machen seit langer Zeit Stimmung gegen Immigranten, aber zunehmend greift das auf eigentlich moderate Parteien über. Dabei ist klar, Deutschland braucht eine rationale Einwanderungspolitik.

Linksradikale wollen in Berlin Wohnhäuser enteignen, weil die Mieten steigen. Zumindest eine eigentlich moderate Partei steigt darauf ein und sagt, ein wenig Enteignung sei nicht so schlimm.

Populisten stellen oft die richtigen Fragen, geben aber die falschen Antworten. Unser politisches Establishment muss die gleichen Fragen stellen, aber die richtigen Antworten geben. Das ist nicht leicht, denn diese Antworten sind meistens kompliziert. Populisten versprechen außerdem das Blaue vom Himmel. Seriöse Politik muss damit konkurrieren, aber ohne unerfüllbare Versprechungen, sondern mit realistischen Perspektiven. Hier möchte ich noch einmal Emmanuel Macron zitieren, dieses Mal allerdings zustimmend. Bei verschiedenen Gelegenheiten, unter anderem Protesten von Beschäftigten gegen Entlassungen hat er folgendes getan: Er ist gekommen, er hat sich ein Bild von der Lage gemacht, aber er hat auch gesagt: Ich bin nicht der Weihnachtsmann. Probleme ernst zu nehmen, aber so ehrlich zu sein auf die Grenzen staatlichen Handelns hinzuweisen, halte ich für überaus wichtig. Jetzt denken Sie vielleicht, dass man dem Präsidenten für diese Ehrlichkeit nicht gedankt hat, und dass er seine Linie vielleicht nicht durchhalten kann. Aber trotzdem: Den Mut, ehrlich auf die Grenzen staatlichen Handelns hinzuweisen, würde ich mir in der deutschen Politik häufiger wünschen.

2. Der zweite Punkt richtet sich an uns alle. Der Aufstieg des Populismus wird durch die Zersplitterung der Gesellschaft begünstigt. Die Digitalisierung der Kommunikation führt dazu, dass wir immer weniger mit Argumenten und Meinungen konfrontiert werden, die unseren eigenen Ansichten widersprechen. Das erschwert konstruktive Debatten und das Finden von Kompromissen. Wir alle haben die Möglichkeit, dieser Spaltung entgegenzuwirken. Dazu müssen wir den Dialog mit Andersdenkenden aktiv suchen. Das ist anstrengend, aber notwendig. Wie geht das? Nun, man kann das üben. Eine spielerische Form ist die so genannte „*turncoat debate*“: ein Format, in dem der Sprecher folgende Aufgabe hat: Zwei Minuten lang eine vorgegebene These möglichst eloquent verteidigen und sie dann weitere zwei Minuten lang ebenso eloquent angreifen. Dann folgt eine einminütige Synthese. Wenn Sie das regelmäßig üben, sind Sie für Menschen, die

andere Auffassungen haben, der ideale Gesprächspartner.

Meine Damen und Herren, Foren für kontroverse Debatten, in denen Meinungen aufeinanderprallen, braucht die Demokratie. Die Hanns Martin Schleyer Stiftung ist ein solches Forum. Deshalb freue ich mich besonders über diesen Preis; uns allen wünsche ich, dass dieses Forum unserem wunderbaren Land, diesem demokratischen und freien Deutschland in Europa, noch lange erhalten bleibt.

-
1. <https://www.duden.de/rechtschreibung/Populismus>.
 2. Zitiert nach: Guiso et al (2018), S. 3.